

Vorlage für die Sitzung des Senats am 22.03.2022

„#wirwerdenlaut – Schüler- und Schülerrinnenproteste in Bremen“

Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag)

A. Problem

Die Fraktion der FDP hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Wir fragen den Senat:

1. Wurden die Forderungen der Schülerinnen und Schüler, die sich bundesweit unter #wirwerdenlaut geäußert haben, auch im Land Bremen an den Senat herangetragen?
2. Wenn ja, welche Forderungen sind das und wie bewertet der Senat den vorgelegten Forderungskatalog?
3. Wie bewertet der Senat die bundesweite Protestaktion der Schülerinnen und Schüler inhaltlich und welche Punkte werden in das zukünftige Pandemiemanagement einfließen?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Unter dem Hashtag #wirwerdenlaut hat der Initiator, ein Abiturient und Schülersprecher aus Berlin, über die sozialen Medien einen Brief geteilt, der sich schnell weiterverbreitete und von mehr als 100 Schüler:innensprecher:innen bundesweit unterzeichnet wurde. Der Brief wurde an zahlreiche Behörden in den Bundesländern verschickt. In Bremen wurden die unter diesem Hashtag verbreiteten Inhalte durch verschiedene Senatsressort wahrgenommen.

Zu Frage 2:

Die Unterzeichnenden fordern u.a. einen ehrlichen und öffentlichen Diskurs, der mit ihnen statt über sie geführt werden solle. Sie mahnen die bundesweite Umsetzung der vom RKI empfohlenen S3-Leitlinie (Luftfilter, kostenlose FFP2-Masken, kleinere Lerngruppen, mehr Angebote für die Notbetreuung, angemessene Quarantänemaßnahmen) an, dazu PCR-Pooltestungen sowie hochwertige Schnelltests an allen Schulen.

Im Hinblick auf schulische Bildung fehle es nach wie vor an Ausstattung aller Schüler:innen mit digitalen Endgeräten, das pädagogische Personal sei digital noch nicht genügend geschult. Den Unterzeichnenden geht es um eine, wie sie sagen, Bildungspflicht statt einer Präsenzplicht. Zudem fehle es an Informationen über Infektionen in Lerngruppen in Echtzeit für Eltern, Lehrkräfte und Schüler:innen. Für die Bewältigung der Pandemiefolgen bestehe darüber hinaus Bedarf an mehr pädagogischem und schulpsychologischem Personal. Gefordert wird zuletzt eine deutliche Entlastung für die Abschlussjahrgänge, da diese nun bereits gut zwei Jahre unter pandemiebedingten Einschränkungen lernten; hier nennt die Petition die Anpassung der Abschlussnoten, die Schwerpunktsetzung in den Lehrplänen, die Schaffung von Möglichkeiten von Ersatzprüfungsleistungen, dezentrale Prüfungsaufgaben.

Der Senat stellt fest, dass in Bremen schon viele der erhobenen Forderungen erfüllt sind:

Die Senatorin für Kinder und Bildung führt regelmäßig Gespräche mit den Schüler:innenvertreter:innen, um sich über die Wünsche und Sorgen der Schüler:innen auszutauschen.

Alle Bremer Schulen wurden mit Luftfiltern ausgestattet; die Schulen halten für Schüler:innen medizinische Masken bereit.

Die Schüler:innen des Landes Bremen wurden flächendeckend mit mobilen Endgeräten ausgestattet. Das Personal hat sich zudem mit Übergabe der iPads für Lehrkräfte zu Fortbildungen in diesem Bereich verpflichtet. Auch über itslearning steht eine Vielzahl von Fortbildungsmöglichkeiten, u.a. als Erklärvideos, zur Verfügung.

PCR-Pooltestungen wurden zu Beginn dieses Schuljahres an den Grundschulen durchgeführt und haben sich aus logistischen Gründen nicht als hilfreich erwiesen. In Bremen werden alle Schüler:innen dreimal pro Woche mit hochwertigen Schnelltests getestet, um die Pandemieentwicklung an Schulen aufmerksam zu verfolgen und begleiten zu können.

Durch das Corona-Aufholprogramm „Schüler:innen stärken“ haben Schulen die Möglichkeit, passgenaue zusätzliche Angebote für ihre Schüler:innenschaft zu realisieren.

Wie in den beiden vergangenen Schuljahren werden auch in Bremen – im Rahmen der von der KMK gefassten Beschlüsse zur Corona-Pandemie – kompensatorische Maßnahmen im

Hinblick auf die Abschlussprüfungen eingesetzt: Sowohl für die zentralen Abschlussprüfungen der Sekundarstufe I, darunter die Einfache Berufsbildungsreife, die Erweiterte Berufsbildungsreife und der Mittlere Schulabschluss, wie auch für die Abiturprüfungen gibt es in allen schriftlichen Prüfungsfächern einen Zeitzuschlag von 30 Minuten. Darüber hinaus ist im Fach Mathematik für alle Prüfungen eine erweiterbare Aufgabenauswahl durch die Lehrkräfte vorgesehen, die die unterrichtliche Situation während der Pandemie berücksichtigt. In der Abiturprüfung der drei naturwissenschaftlichen Fächer Biologie, Chemie und Physik erfolgt in diesem Durchgang eine zusätzliche Eingrenzung der Prüfungsthemen.

Die Lehrkräfte werden fachlich seit Beginn der Pandemie durch die Senatorin für Kinder und Bildung unterstützt, um den für die Prüfungen erforderlichen Unterrichtsstoff passgenau vorzubereiten. Dieses hat sich in den beiden letzten Durchgängen bereits bewährt, was sich an den guten Prüfungsergebnissen gezeigt hat.

Ebenfalls bewährt hat sich die für Bremer Prüflinge bestehende Möglichkeit – unabhängig vom Abschluss - kostenfrei an Vorbereitungskursen durch Chancenwerk e.V. teilzunehmen.

Zur Frage der Aussetzung der Präsenzpflcht vertritt der Senat die Auffassung, dass die Präsenzbesuchung ein Primat ist, an dem soweit wie irgend möglich festgehalten wird. Es hat sich in den vergangenen Jahren deutlich gezeigt, dass die Distanzbesuchung bei vielen Kindern und Jugendlichen zu Lernrückständen und zu zum Teil gravierenden gesundheitlichen, psychischen und körperlichen Problemen geführt hat.

Der Senat ist sich bewusst, dass zur langfristigen Bewältigung der Pandemiefolgen auch im schulischen Bereich weitere Anstrengungen erforderlich sind, auch im Hinblick auf den Bedarf an mehr pädagogischem und schulpsychologischem Bedarf.

Zu Frage 3:

Dass sich Schüler:innen für ihre Belange einsetzen und politisch aktiv werden, bewertet der Senat grundsätzlich positiv. Die Initiative sucht den Dialog und beschränkt sich nicht nur auf Protestaktionen, auch dies ist im Sinne einer gelebten Demokratie zu begrüßen. Vor dem Hintergrund, sich dem direkten Diskurs mit Schüler:innen zu stellen, haben der Bürgermeister und Präsident des Senats und die Senatorin für Kinder und Bildung am 03.03.2022 mit Schüler:innen im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Mit dem Bürgermeister im Gespräch“ diskutiert. Die Senatorin für Kinder und Bildung bezieht die Anregungen, Forderungen und Wünsche, die in ihren Gesprächen mit den Schüler:innen und ihren Vertretungen thematisiert werden, in die jeweilige Entscheidungsfindung mit ein.

C. Alternativen

Keine Alternativen

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

keine

E. Beteiligung und Abstimmung

Keine Beteiligung anderer Ressorts

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Grundsätzlich zur Veröffentlichung geeignet.

G. Beschluss

Der Senat beschließt die vorliegende Antwort der Senatorin für Kinder und Bildung vom 8.3.2022 auf die Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) der Fraktion der FDP „#wirwerdenlaut – Schüler- und Schülerrinnenproteste in Bremen“ vom 17.02.2022.